



prägnant 17

APRIL 2022

RICHTIGE MASSNAHMEN WERDEN DIE FOLGEN VON PREISSTEIGERUNGEN MILDERN

Inflation – allein das Wort erschreckt und weckt bei vielen Menschen Befürchtungen. Sind meine Ersparnisse sicher? Kann ich mir auch in den kommenden Jahren meine Miete, Energie und Urlaubsreisen leisten? Viele Menschen stellen sich diese oder ähnliche Fragen.

Besonders einzelne Bereiche des zur Berechnung der Inflation herangezogenen statistischen Warenkorb sind deutlich teurer geworden: Die Verbraucher*innen spüren dies sowohl an der Zapfsäule als auch bei der Strom- und Heizkostenabrechnung zuhause. Darüber hinaus sind auch Lebensmittel teurer geworden.

Auch wenn die gegenwärtigen monatlichen Inflationsraten hoch sind (7,3 Prozent im März 2022 gegenüber März 2021 und 5,1 Prozent im Februar 2022 gegenüber Februar 2021) und eine wirkliche Belastung darstellen, gibt es gute Gründe, ruhig zu bleiben und den Preisanstieg (Jahreswerte) richtig einzuordnen.

Erstens lag die Jahresinflationsrate in der Vergangenheit bereits deutlich höher (bspw. 1992 und 1993) und ging anschließend wieder zurück (siehe Abbildung 1). Zweitens gibt es glaubhafte und gute Begründungen für die Einschätzung, dass die Preise gegenwärtig temporär ansteigen und sich das Preisniveau in den kommenden Jahren wieder normalisieren wird.

Aber eins nach dem anderen:

2021 stiegen die Preise bundesweit um durchschnittlich 3,1 Prozent. Das letzte Mal lagen die Preise deutlich über der Zielinflation der EZB (nahe, aber unter 2 Prozent) im Jahr 2008. Im Januar 2022 hat die Inflation mit 4,9 Prozent (gegenüber Januar 2021) nochmal angezogen. Teure Energie, Rohstoffe und industrielle Vorprodukte treiben die Preise. Vorleistungsgüter verteuerten sich im Durchschnitt um 19 Prozent.

Große Volkswirtschaften der Welt bereiten sich auf die Energiewende vor. Auch deshalb steigen bspw. die Preise für Metalle, die für die Produkte der Energiewende gebraucht werden. Da für diese Rohstoffe kurz- und mittelfristig das Angebot nicht grundlegend ausgebaut werden kann, steigen die Preise.

Kobalt, Kupfer, Lithium und Nickel braucht man für Technologien zur Erzeugung und Speicherung von Energie. Der richtige und wichtige Hochlauf der Elektromobilität, die Energiewende und neue Speichertechnologien sind auf diese Metalle angewiesen.

Steigende Preise für Düngemittel wirken sich auf die Preise von Lebensmitteln aus und dies spüren die Verbraucher*innen direkt im Alltag. Besonders Haushalte mit niedrigem und mittlerem Einkommen sind durch

steigende Preise für Lebensmittel, Energie und Kosten für das Wohnen besonders stark betroffen. Dazu kommen die neuen vor allem energiepolitischen Unwägbarkeiten resultierend aus dem Russland-Ukraine-Krieg.

Dennoch gibt es Gründe warum die Preise gerade jetzt steigen:

Der Energiepreisschock ist hauptverantwortlich für die hohe Inflationsrate. Erheblich teurer wurden Strom und Gas sowie Kraftstoffe (Benzin und Diesel). Heizöl ist ebenfalls deutlich teurer geworden.

Die weltweite Corona Pandemie hat die Instabilität vieler Lieferketten schonungslos aufgedeckt. Ein ins Stocken geratener Welthandel schlägt unmittelbar auf die Preise durch. Dies sieht man bspw. an der extremen Verteuerung in der internationalen Logistik.

Ende 2021 lagen die Preise bei 16.000 Dollar je 40-Fuß-Container. Derselbe Container kostete Mitte 2020 um die 2.000 Dollar (Strecke China- Europa). Viele ExpertInnen gehen von einer lang anhaltenden Hochpreisphase in der Container Schifffahrt aus. Regionale Lieferketten werden wegen der hohen Frachtraten für manche Firmen, die die Produktion von China zurück nach Europa holen wollen, wichtiger. Das nützt dann auch der CO₂-Bilanz.

Zu all dem kommen Sondereffekte wie die in der Corona Pandemie abgesenkte Mehrwertsteuer in Deutschland, die nun wieder voll gilt. Die Unternehmen haben die Preise wieder erhöht, nachdem die Absenkung der Mehrwertsteuer ausgelaufen ist.

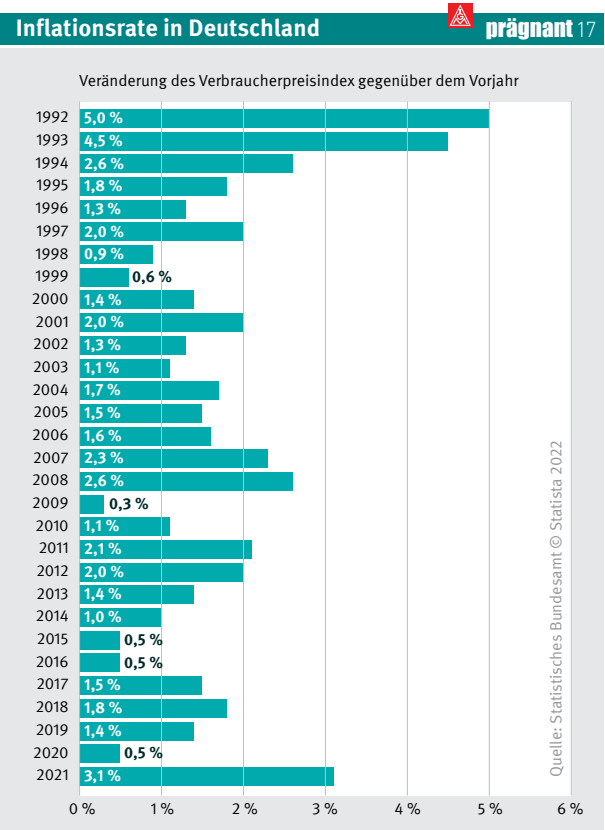
Auch in Berlin-Brandenburg-Sachsen ist die Teuerungsrate zuletzt deutlich gestiegen.

Im Vergleich zwischen Januar 2022 und Januar 2021 stiegen in Berlin die Preise um 4,8 Prozent und in Brandenburg um 5,2 Prozent. In Sachsen sind die Preise im Vergleich zum Vorjahresmonat ebenfalls um 4,8 Prozent gestiegen. Für den März 2022 liegt die Teuerungsrate in Sachsen bei geschätzten 7 Prozent und damit nur unwesentlich unter dem Bundesdurchschnitt (Für den März 2022 liegen für Berlin und Brandenburg noch keine Zahlen vor).

Die Energiepreise stiegen im Jahresvergleich um ca. 20 Prozent. Ohne die Preistreiber Energie und Nahrungsmittel lag die Inflationsrate in Berlin bei 2,7 Prozent und in Brandenburg bei 3,4 Prozent. Die zuletzt durch den Ukraine-Russland-Krieg massiv gestiegenen Energiepreise stellen Unternehmen und private Haushalte vor große Probleme. Die russischen Importe nach Brandenburg betragen 2021 knapp 4 Milliarden Euro. Gemessen an allen Brandenburger Importen aus Russland sind Erdöl und Erdgas mit einem Anteil von 97,7 Prozent die wichtigsten Importgüter.

Doch nicht nur Energie hat sich bedingt durch die aktuellen Ereignisse stark verteuert. Dies gilt auch für weitere Bereiche des täglichen Lebens:

Mieterinnen und Mieter können in Berlin, Leipzig, Dresden oder Potsdam ein Lied davon singen. Knapp 50 Prozent der Menschen leben in der Bundesrepublik zur Miete. In Berlin oder Leipzig wohnen sogar über 80 Prozent der Bevölkerung zur Miete. Als bezahlbar gilt eine Wohnung, wenn die Kaltmiete plus Betriebskosten nicht mehr als 30 Prozent des Haushaltsnettoeinkommens ausmacht. In zahlreichen Städten liegt die Mietbelastungsquote deutlich darüber.



In Berlin und Potsdam liegt die Mietbelastungsquote bei 40 bis 45 Prozent. Das heißt, dass über 40 Prozent der Bevölkerung mehr als 30 Prozent ihres Haushaltseinkommens für die Miete aufbringen müssen. Fast die Hälfte der

Bevölkerung (40 – 45 Prozent) haben damit erkennbar weniger Haushaltseinkommen zur Verfügung und können sich gegebenenfalls ihre Wohnung kaum noch leisten bzw. haben eine zu hohe Mietbelastung.

Das ist ein Resultat einer seit Jahrzehnten verfehlten Wohnungspolitik.

In der Wohnungspolitik ist seit langem ein Umsteuern notwendig.

So ist bspw. die Zahl der belegungsgebundenen Sozialwohnungen von fast 3 Millionen Wohnungen im Jahr 1990 auf nur noch 1,2 Millionen Wohnungen im Jahr 2017 gesunken.

Ein Umsteuern ist dringend erforderlich: So fordert der DGB zu Recht den Bau von 400.000 neuen Wohnungen jährlich, davon 100.000 Sozialwohnungen. Darüber hinaus sollten Genossenschaften und öffentliche Wohnungsbaugesellschaften gestärkt werden. Auch beim Mietrecht müsse so lange der Mieterschutz ausgeweitet werden, bis ausreichend neuer Wohnraum zur Verfügung steht, der zu einer Entspannung auf den Wohnungs- und Mietmärkten führt.

Wir haben als IG Metall in der Vergangenheit und auch aktuell Arbeitszeitverkürzungen erkämpft. Es darf nicht sein, dass immer mehr Menschen diese hart erkämpften Arbeitszeitverkürzungen im Stau oder in der Bahn verbringen müssen, da sie sich Arbeitsortnahe keine Wohnung mehr leisten können.

Was hat die Politik bisher zur Senkung der Energiekosten getan?

Die Ampel Koalition hat bereits im Februar ein so genanntes Entlastungspaket auf den Weg gebracht. Für Arbeitnehmer*innen beschloss sie steuerliche Erleichterungen durch die Erhöhung von Arbeitnehmerpauschbetrag und Grundfreibetrag und durch die frühere Erhöhung der Pendlerpauschale für Fernpendler. Familien mit wenig Geld erhalten zudem ab 1. Juli je Kind einen Zuschlag von 20 Euro je Monat. Zudem wird die EEG-Umlage schon zum Juli 2022 statt Anfang 2023 abgeschafft. Dies entlastet die Verbraucher*innen bei der Stromrechnung.

Im März legte die Koalition mit dem zweiten Entlastungspaket nach. Dieses sieht laut Beschluss des Koalitionsausschusses vor, alle Steuerzahler über eine einmalige Energiepreispauschale von 300 Euro zu entlasten. Empfänger*innen von Sozialleistungen erhalten zusätzlich zu den bereits beschlossenen 100 Euro pro Person eine zweite Einmalzahlung von 100 Euro. Für 90 Tage soll es ein Monatsticket für neun Euro für den Öffentlichen Personennahverkehr geben. Familien erhalten einen Einmalbonus

Mietbelastungsquote



prägnant 17

Anteil der Haushalte in ausgewählten Großstädten mit einer Mietbelastungsquote über 30 Prozent



Quelle: Hans-Böckler-Stiftung/Holm, Junker 2019 · bit.do/impuls1509

von 100 Euro pro Kind. Und durch eine temporäre Absenkung der Energiesteuern auf Kraftstoffe soll der Benzinpreis für drei Monate um 30 Cent je Liter und der Dieselpreis um 14 Cent je Liter gesenkt werden.

Darüber hinaus plant die Regierung unter anderem dies: Eine Beschleunigung der Energiewende soll vorangetrieben werden, um unabhängiger von (russischen) fossilen Energieträgern zu werden. Gegenwärtig werden Maßnahmen erarbeitet, die bereits ab diesem Sommer wirken sollen.

Vorsorgemechanismen Öl: Neben der deutschen strategischen Ölreserve (und deren möglichem Einsatz) soll der Bezug von Erdöl rasch diversifiziert werden, um von den 35 Prozent russischem Öl nach unten abweichen zu können.

Vorsorgemechanismen Gas: zu 55 Prozent kommt das nach Deutschland importierte Gas aus Russland. Deutschland

will künftig eine höhere Gasreserve schaffen und will zügig an der Nordsee zwei Terminals für die Anlieferung von Flüssiggas errichten. Experten halten jedoch weitergehende Maßnahmen für unabdingbar, um den Preisanstieg bei den Gaspreisen zu begrenzen. Denkbar wäre bspw. ein Gaspreisdeckel. Dabei könnte der Preis für die ersten 8000 Kilowattstunden pro Haushalt etwa auf 7,5 Cent pro Kilowattstunde gedeckelt werden und die Versorger so kompensiert werden, dass sie dadurch keine Verluste erleiden. Das würde die gemessene Inflation senken und Haushalte mit Gasheizung ganz konkret entlasten.

Kohlereserve: Den Vorrat an Steinkohle sichern: Gemeinsam mit den Kraftwerksbetreibern soll erstens der Steinkohleimport auf zusätzliche Länder ausgedehnt werden. Darüber hinaus soll die Steinkohlereserve ausgebaut werden.

Verbraucher und Firmen in Deutschland sollen nach dem Willen der Bundesregierung ab Juli **keine EEG-Umlage mehr**

über die Stromrechnung bezahlen. Ursprünglich war der Schritt erst für Anfang 2023 geplant.

Die angekündigte **Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns** auf 12 Euro pro Stunde wird mehr als sieben Millionen Beschäftigten in Deutschland zugutekommen. Dass VertreterInnen der deutschen Bundesbank vor einem weiteren Anstieg der Inflation durch einen höheren Mindestlohn warnen, ist Altbekanntes. Sobald die Preise oberhalb der Zielinflationsrate der EZB (nahe bei, aber unter 2 Prozent) steigen, kommen die Warnrufe vor einer drohenden Lohn-Preisspirale. Die Beschäftigten sollten sich bescheiden und die Inflation nicht durch deutliche Lohnerhöhungen weiter anheizen. Diese Argumentation verkennt jedoch die reale Belastung kleiner und mittlerer Einkommenshaushalte, die ihre Rechnungen bezahlen müssen und vor allem in den vergangenen Jahren viel zur Bewältigung der Pandemie und ihrer wirtschaftlichen Folgen beigetragen haben. Sie sind jetzt an der Reihe!

Forderungen der IG Metall

Die IG Metall hat in der Vergangenheit für ihre Mitglieder einiges erreicht. Tabellenwirksame Erhöhungen sowie jährliche Sonderzahlungen wie bspw. das T-Geld in jüngster Vergangenheit kamen den Mitgliedern zugute. Vor allem die beiden Corona-Jahre 2020 und 2021 waren durch vergleichsweise hohe Sonderzahlungen und Corona-Prämien geprägt.

Die bezirklichen Tarifkommissionen und der Vorstand der IG Metall werden auch für die anstehenden Tarifrunden dieses Jahres die richtigen Forderungen diskutieren und aufstellen.

Um die deutlichen Preissteigerungen bspw. bei den Energiepreisen sozial auszugleichen braucht es jedoch, auch über die anstehenden Tarifrunden hinaus, weitergehende auch politische Lösungen. Den staatlichen Entlastungsmaßnahmen gehört aufgrund der gegenwärtig außergewöhnlichen Rahmenbedingungen (bspw. Ukraine-Krieg) und den extremen wirtschaftspolitischen Ausschlägen in den nächsten Wochen unsere besondere Aufmerksamkeit.

Wir fordern deshalb kurzfristige und direkt wirkende politische Maßnahmen, um zu einer Entlastung der Haushalte und Unternehmen zu kommen. Eine Deckelung von Gaspreisen, bspw. für eine bestimmte Menge zur Grundversorgung, kann ein Instrument sein, um rasche Entlastung herbeizuführen. Dies würde noch stärker wirken als die vorgezogene Abschaffung der EEG-Umlage. Aber auch diese

Maßnahme ist wichtig: Immerhin beträgt die EEG Umlage bei der Zusammensetzung des Endpreises für den Stromkunden ca. 6,5 Cent/Kilowattstunde. (Die Kilowattstunde Strom kostet in Deutschland zwischen 30 und 34 Cent).

Der Strompreis ist nicht nur für die privaten Haushalte von großer Bedeutung, sondern natürlich auch für die Unternehmen. Die Industrie verbraucht ca. 45 Prozent des gesamten deutschen Strombedarfs. Die privaten Haushalte ca. 25 Prozent.

Gemeinsam fordern die IG Metall und die Arbeitgeberverbände von Gesamtmetall ein Maßnahmenpaket zur Senkung der Energiekosten. Dieses umfasst u.a.:

- ▶ Schnellere Ausbauschnitte bei den regenerativen Energien.
- ▶ Die hohen Steueranteile bei den Endpreisen der Energieträger sollen abgesenkt werden (bspw. bei der Stromsteuer).

Darüber hinaus kommen im Laufe des Jahres die Tarifrunden in den Bereichen Stahl, Textil, Kontrakt Logistik sowie Metall- und Elektro. Diese können und werden ergänzend zu den politischen Maßnahmen für Entlastung bei den Beschäftigten sorgen.

Die IG Metall wird alles dafür tun, die Auswirkungen der (Energie-) Preisentwicklung abzumildern.